

## DEBATTE

**GUIDO LÖHLEIN**  
über das Familienrechtspaket  
und die Folgen aus Sicht der Väter



## Kein großer Wurf

Eine Reform unseres Familienrechts ist auch weiterhin überfällig: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat festgestellt, dass unser Familienrecht menschenrechtswidrig ist, da es gegen das Recht auf Familienleben verstößt. Der Verfassungsgerichtshof hat entschieden, dass die rechtliche Benachteiligung von unverheirateten Vätern verfassungswidrig ist.

Auch die Regierungsparteien sind offenbar zum Schluss gekommen, dass Handlungsbedarf besteht. Seit Jahren wird publicityträchtig um eine Reform gerungen. Zwei kinderlose Ministerinnen verhandeln über Gesetzesentwürfe, der Familienminister glänzt durch Abwesenheit. Der aktuelle Gesetzesentwurf enthält nun kleinere Fortschritte. Jubelmeldungen über einen „großen Wurf“ sind jedoch nicht nachvollziehbar und dienen offenbar der Täuschung der Öffentlichkeit.

„Betroffene sprechen bereits von einer „Trennungsindustrie“, die von der Konflikteskalation und langen Verfahrensdauern lebt.“

„Betroffene sprechen bereits von einer „Trennungsindustrie“, die von der Konflikteskalation und langen Verfahrensdauern lebt.“

Ein Rechtsstaat ist im Familienrecht nach wie vor nicht in Sicht. Der im Entwurf enthaltene „Maßnahmenkatalog“ für Elternteile, die ihr Kind dem anderen Elternteil entfremden, kann die fehlende Durchsetzung gültiger Beschlüsse durch die Gerichte nicht ersetzen.

Kinder dürfen weiterhin nicht von Vater und Mutter zu gleichen Teilen betreut werden und bei beiden Elternteilen zu Hause sein. Auch dann nicht, wenn dies

vor der Trennung so von den Eltern praktiziert wurde. Uneheliche Kinder werden weiterhin schlechtergestellt, Väter erhalten lediglich ein Antragsrecht.

Auf die bereits jetzt überforderten Gerichte kommt noch mehr Arbeit zu. Allerdings führen die langen Verfahrensdauern (die das Zeitgefühl von Kindern in keiner Weise berücksichtigen) bereits jetzt zur Entfremdung von Kindern und getrennt wohnenden Elternteilen.

Die Verwaltung und die Verfahren werden mit diesem Familienrechtspaket auf Kosten der Betroffenen weiter aufgebläht: Neben Richtern, Rechtspflegern, Rechtsanwälten, Jugendämtern, Kinder- und Jugendanwälten, Sachverständigen, Mediatoren, Besuchscafés, Kinderbeiständen (seit 2011) und Familiengerichtshilfen (seit Jahresbeginn) sollen nun auch „Besuchsmittler“ eingesetzt werden. Verpflichtende Familien-, Eltern- und Erziehungsberatung oder Schlichtungsverfahren können von den Gerichten angeordnet werden. Betroffene sprechen bereits von einer „Trennungsindustrie“, die von der Konflikteskalation und langen Verfahrensdauern lebt.

Trotz der jahrelang beschäftigten Arbeitsgruppen im Justizministerium und der hohen Politikerpräsenz sind Kinderrechte, Gleichbehandlung und die Effizienz der behördlichen Verfahren noch immer in weiter Ferne. Oder vielleicht gerade deshalb.

Guido Löhlein ist Vorstand im Verein „Väter ohne Rechte“

## SO DENKEN SIE DARÜBER

Schwachen wird  
Zukunft verbaut

Im Sozialbereich ist schon genug gespart worden, kritisieren unsere Leser.

„Sozialdiät: Noch einmal zwölf Millionen“, 12. 10.

Herr Schrittwieser möchte also wieder sparen. Und wo? Natürlich bei den Schwächsten, den Kindern, Jugendlichen und den behinderten Menschen. Kinder werden aus einem dem Kindeswohl schadenenden Umfeld herausgenommen, wenn Alternativen nicht greifen. Eine Fremdunterbringung von Kindern und Jugendlichen wird nicht leichtfertig entschieden. In den sozialpädagogischen Einrichtungen des Landes sollen die Kinder in Sicherheit mit Zuwendung und ihren Bedürfnissen entsprechenden Förderungen aufwachsen können und das braucht Zeit.

Auch die Möglichkeit der Verlängerung bis 21 zu streichen empfinde ich als Sparen am falschen Platz. Es gibt Jugendliche, die mit 18 bei Weitem noch nicht so weit sind, um auf eigenen Beinen zu stehen.

Im Sozialbereich ist schon genug gespart worden. Einrichtun-

gen pfeifen aus dem letzten Loch, Pflegeheime gehen in Konkurs. Therapien, die zur Aufarbeitung traumatischer Erlebnisse dringend benötigt werden, werden teilweise nicht mehr bezahlt. Mit diesen Sparplänen werden den Kindern und Jugendlichen, die es sowieso schon schwer haben, die Zukunft und der Einstieg in ein selbstbestimmtes Leben noch schwerer gemacht und das kann niemand wollen.

Christine Wohlmuther, Liezen

## Nicht zum Spaß

„Jetzt wird der Sack zugemacht“, 7. 10.

Wie es scheint, dürfte Landesrat Siegfried Schrittwieser das „Realitätsressort“ in der Regierung führen, da er der Einzige zu sein scheint, der gewissen Widerstand leistet. Soziales sollte eigentlich alle angehen und für alle vom (großen) Sparen ausgenommen sein, denn: Niemand nimmt Sozialleistungen aus reinem Spaß an. Mag. Jakob Putz, Graz

## Investieren statt sparen

Man muss sich mit Recht fragen, inwieweit die Politik fair handelt. Seit Jahren wird davon gesprochen, die Verwaltungsausgaben zu straffen und somit Zig Millionen einzusparen. Natürlich lässt sich auch genug aus dem Proporz, den Wahlbudgets oder Bereichen wie Dienstfahrzeugen, Spesen usw. holen, doch das wird der Einfachheit halber gleich einmal gestrichen.

Ich bin vollkommen dafür, dass gespart werden muss, um die Generation von heute und die nachfolgenden Generationen vor extremen Schulden zu bewahren! Nur bin ich absolut nicht damit

## LIEBE IST ...



... die Leidenschaft neu  
zu erwärmen.